Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Meine Damen und Herren, nach den zwei Tagen der Anhörung wollen wir versuchen, eine Bilanz zu ziehen und nach vorne zu schauen. Wo stehen wir im siebten Jahr der Einheit? Wer sich in Deutschland umsieht und wer auch mit früheren Zuständen vergleicht, wird feststellen, daß sich vieles in Ostdeutschland verändert hat, vieles vorangekommen ist, aber er wird auch feststellen, daß der Abstand zwischen Ost und West ebenfalls unverkennbar ist. Wir haben gemeinsam Fortschritte gemacht, aber die Hälfte des Weges liegt noch nicht hinter uns.

Der Wandlungsprozeß hat den Ostdeutschen viel abverlangt. Sie haben viele Herausforderungen annehmen müssen, auch annehmen wollen, die in so kurzer Zeit in diesem Ausmaß selten von irgendjemanden in Europa zu bewältigen waren. Sie standen allerdings nicht allein. Man kann darüber unterschiedlicher Meinung sein, wie weit die innere Einheit vorangeschritten ist, auch in den Köpfen der Menschen vorangeschritten ist, aber ich glaube, daß diese gemeinsame Entwicklung mit besonderer Deutlichkeit auch bei unseren östlichen Nachbarn gesehen wird. Das heißt, der Wandel in Ostdeutschland mit westlicher Hilfe hat sicher auch sehr vieles erleichtert. Es gab am Anfang einen außerordentlich dynamischen wirtschaftlichen Prozeß. Ostdeutschland war über mehrere Jahre die mit Abstand dynamischste Wirtschaftsregion in Europa. Es gab sogar vor nicht allzulanger Zeit noch die These, in wenigen Jahren werde Ostdeutschland die modernste Region in Deutschland sein, die beste Infrastruktur sowie die modernste Ausstattung jeweils auf dem neuesten Stand der Technik aufweisen. Es war sozusagen die Erwartung, daß sich Walter Ulbrichts Prognose „überholen ohne einzuholen“ verspätet und auf unerwartete Weise doch noch erfüllen werde.

Wir müssen heute feststellen, daß sich diese Prognose zumindest bisher nicht bestätigt hat. Es gibt einige Hoffnungsschimmer, es gibt eine Reihe von Knospen, viele Knospen, es gibt auch einige Knospen, die aufgegangen sind zu Blüten, aber insgesamt blüht die Landschaft noch nicht. Es gibt auch noch viel dürres Holz und trockenes Gras, wobei es die Gerechtigkeit gebietet, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil, der größte Teil dieser dürren, trockenen Vegetation nicht erst in den letzten sieben Jahren vertrocknet ist, sondern in den 40 Jahren davor.

Ostdeutschland wird wirtschaftlich auf lange Zeit noch auf die westdeutsche Unterstützung angewiesen sein. Es gibt einen markanten Abstand in der Produktivität der Industrie und der Gesamtwirtschaft zwischen Ost und West. Es gibt trotz der bedeutsamen Abwanderung in den ersten Jahren nach der Einheit aus Ostdeutschland nach Westdeutschland eine hohe hartnäckige Arbeitslosigkeit, die in Wirklichkeit höher ist, als die offiziellen Zahlen bekunden. Neben den arbeitslos Gemeldeten befinden sich viele in Umschulungsmaßnahmen, in Beschäftigungsmaßnahmen oder in besonderen Formen der Beschäftigung. Wenn man den Grad der Unterbeschäftigung insgesamt nimmt, dann ist doch zu erkennen, daß die Dimension der Unterbeschäftigung, die Herausforderung zu einem hohen Maß an Beschäftigung zurückzukehren, für Jahre die Haupt-

schwierigkeit und das wichtigste Ziel sein wird. Man muß dabei auch beachten, daß die Neigung zur Erwerbstätigkeit, der Wunsch nach Berufstätigkeit in der ostdeutschen Gesellschaft insgesamt höher ist, als in der westdeutschen Gesellschaft das bisher der Fall war.

Wir haben nach wie vor gravierende Schwierigkeiten und Mängel in der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Produkte. Wir haben die Schwierigkeit, daß in Ostdeutschland selbst, nicht nur in den früheren Exportmärkten, der Absatz ostdeutscher Produkte stark zurückgegangen ist, weil auch die Neigung der Ostdeutschen, sich sozusagen normal als Konsumenten zu verhalten, nämlich nüchtern zwischen einem breiten Angebot auszuwählen und dann nach ökonomischen Kriterien zu entscheiden, sich auch auf den Absatz ostdeutscher Produkte auswirkte. Daneben gibt es das Problem, daß der überregionale Absatz zu wünschen übrig läßt. Hierin liegt der eigentliche Kern. Wie kommt man dazu, daß die ostdeutsche Wirtschaft auch überregional in den Exportmärkten nachzieht? Die Ertragslage der meisten Unternehmen läßt zu wünschen übrig. Es fragt sich, was ist zu tun? Die Subventionen auszuweiten, das Heil in Niedriglöhnen zu suchen, ist gefährlich.

Zwischenruf: Vielleicht können wir anfangen, weil es schon sehr spät ist.

Wir werden auch darauf zu achten haben, daß sich niemand an das süße Gift der Subventionen auf Dauer gewöhnt. Es gibt abschreckende Beispiele in Westdeutschland zu Hauf, daß dieser Weg nicht auf Dauer zum Erfolg führen kann. Es gibt auch manches abschreckende Beispiel in Ostdeutschland, daß ein Übermaß an Subventionen zu Fehlallokationen verführen kann. Die wirtschaftliche Anpassung in Ostdeutschland wird dadurch erschwert, daß die westdeutsche Wirtschaft selbst vor Anpassungsproblemen steht, in einem größeren Wettbewerbsdruck im Zusammenhang auch mit der weiteren Globalisierung der Wirtschaft steht. Die ostdeutsche Wirtschaft und die ostdeutsche Gesellschaft haben schon bisher einen viel härteren Wandlungsprozeß durchgemacht, weniger abgefedert, schneller und mit größeren Herausforderungen als das in Westdeutschland jemals erforderlich war. Es wird nach wie vor ein Problem sein, wie wir in Ostdeutschland zu einer höheren Ausstattung mit Kapital kommen. Dabei wird aber auch zu fragen sein, ob es nicht höchste Zeit ist, sich über die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung nicht nur Gedanken zu machen, sondern daraus auch Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wir dürfen uns auf keinen Fall durch Beschönigungen, noch mit Schwarzmalerei in die Irre führen lassen. Wir brauchen eine jeweils sehr nüchterne Bestandsaufnahme und Analyse. Ich glaube, daß unsere Diskussion gestern und vorgestern dazu beigetragen hat. Es ist auch gefragt worden, wo sind die Verlierer, wo sind die Gewinner? Ich denke, man kann schon sagen, gewonnen haben Ostdeutsche wie Westdeutsche. Wir haben gemeinsam gewonnen, aber es gibt natürlich auch viel zu hinterfragen, wenn man genauer hinschaut. Wo gibt es unerwartete oder auch erwartete Unterschiedlichkeiten bei der Verteilung von Chancen, Erfolgen, Risiken und Lasten?

Ich komme zum Schluß, wir stehen nach wie vor vor weiteren Herausforderungen für Anpassung, Modernisierung und wirtschaftlichen Wandel. Dies wird nur gesellschaftlich und politisch gelingen, und damit letzten Endes auch ökonomisch, wenn der Wandlungsprozeß nicht zu einem eiskalten Gegeneinander, zu einem Kampf bis aufs Messer führt, sondern, wenn wirtschaftlicher Wandel begleitet ist von Solidarität, von Miteinander innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft, innerhalb Deutschlands insgesamt. Ich glaube, daß wir sehr bald auch feststellen werden, daß der Wandlungsprozeß, die Herausforderung von Modernisierung in Ostdeutschland wie in Westdeutschland, ganz ähnliche Probleme stellen wird, und daß auch die gesellschaftliche Vereinigung in diesem Sinne voranschreiten wird.

Wir haben bewußt für dieses Abschlußpodium den Damen und Herren, die hier als Referenten eingeladen worden sind, keine Vorgaben gemacht, sondern wir haben sie gebeten, aus ihrer Sicht darzustellen, wo sie die Probleme sehen, wo sie auch die Chancen sehen, und was sie für die nächsten Jahre für besonders dringlich halten.

Ich begrüße als erste Frau Rosemarie Keller, die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, Bezirk Süd-Ost aus Chemnitz. Ich begrüße ganz zu meiner linken Herrn Professor Maier von der Universität Bayreuth. Ich begrüße Herrn Dr. Lubk vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Herr Dr. Schmachtenberg vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg hat sich verspätet, wir hoffen, daß er in Bälde zu uns stoßen wird, und ich begrüße Herrn Professor Schmidt, den Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. Ich möchte Sie bitten, Frau Keller, als erste das Wort zu nehmen.

Rosemarie Keller: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin vorgestellt worden als die Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil Bekleidung im Bezirk Süd-Ost. Wenn ich mich hier so umschaue, dann komme ich mir im Prinzip so vor, wie in einer Gewerkschaftsversammlung, wo nämlich allenthalben an allen Ecken und in allen Räumen geschimpft wird, aber wenn es ans Verändern geht, sieht man halt weniger Leute. Vielleicht liegt das auch daran, daß wir viel zu viel über die Probleme diskutieren, sie zerreden, anstatt aus der Diskussion heraus, konkrete Wege aufzuzeigen, wie die Situation zu ändern ist.

Seit Beginn der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sind nunmehr sechs Jahre vergangen, und in diesen sechs Jahren ist ein riesengroßes Stück Arbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie Ostdeutschlands und innerhalb der Gewerkschaften geleistet worden. Um diese Arbeit aber richtig einordnen zu können, muß man wissen, daß in der Textil- und Bekleidungsindustrie der Privatisierungs- und Reprivatisierungsprozeß in einem tiefgreifenden und dynamischen Strukturwandel eingebettet war. Der Freistaat Sachsen, der Freistaat Thüringen und das Land Brandenburg mit ihren ehemals stark von der Textil- und Bekleidungsindustrie geprägten Regionen sind besonders typische Beispiele der schmerzhaften Anpassung.

Ich darf hier noch einmal die Zahlen nennen. Insgesamt wurden innerhalb von fünf Jahren 92 % der ehemaligen Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie vernichtet. Von ehemals rund 330.000 Beschäftigten sind Ende 1996 gerade mal 21.600 Arbeitnehmer in 330 Klein- und Mittelständischen Unternehmen übriggeblieben. Über 300.000 Arbeitnehmer, von denen fast 80 % Frauen waren, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Verantwortlich für diesen wirtschaftlichen Kollaps in der Textil- und Bekleidungsindustrie waren sicher viele Gründe, von denen ich nur einige wenige hier noch einmal nennen möchte, die allerdings für Kettenwirkung gesorgt haben.

Mit der Währungsunion brach der Ostmarkt völlig zusammen. Hier vor allem der Markt der RGW-Länder, ein Warenaustausch im Konsumgüterbereich war de facto nicht mehr möglich, und durch die nahezu vollständige Hinwendung der einheimischen Bevölkerung zu Produkten aus alten Bundesländern und Westeuropa ging der Binnenmarkt ebenfalls in die Brüche. Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war der westeuropäische Markt ein Eldorado für den Handel von Ostprodukten zu extrem niedrigen Preisen. Mit den nunmehr in DM zu rechnenden Kosten und daraus resultierenden höheren Preisen wollten die früheren Hauptabnehmer unsere Produkte nicht mehr nehmen. Das Billigimage, das unseren Waren ungerechtfertigter Weise anhing, bewirkte ein übriges. Ich denke, es wäre zu einfach, alle derzeitigen Probleme in der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesländer den Folgen der SED-Diktatur zuzuschreiben. Transformationsprozeß kann nur als demokratischer Prozeß fungieren.

Die Treuhandpolitik stülpte allerdings Maßnahmen über, Sozialpartner wurden zwar gehört, aber ihre Meinung kaum beachtet. Der nach unserer Meinung schwerwiegendste politische Fehler, auf den wir als Gewerkschaften von Anfang an aufmerksam machten, und dessen Auswirkungen heute noch nach sechs Jahren deutlich sichtbar sind, war die Festlegung der Treuhandpolitik, die Betriebe unsaniert zu privatisieren. Die Betriebe unserer Branchen waren in Folge des hohen Verschleißes nicht mehr wettbewerbsfähig. Die privatisierten Betriebe wurden unsaniert auf den Markt entlassen. Dieser entscheidende Wettbewerbsnachteil brachte nach anderen Widrigkeiten nach längerem oder kürzerem Kampf, das Ende für viele Unternehmen und bringt es heute noch. Viel zu oft erhielten darüber hinaus spekulierende Käufer, die nicht an der Produktion, sondern an den Immobilien interessiert waren, den Zuschlag. Potentielle Käufer aus den neuen Bundesländern wurden dagegen auf Herz und Nieren geprüft, viel umfangreicher als westliche Interessenten auf ihre Fähigkeiten und vor allem auf ihre Kreditwürdigkeit geprüft. Ich habe an anderer Stelle einmal gesagt, ein westdeutscher Investor braucht nur in eine Bank zu gehen und „Grüß Gott“ zu sagen, und da hat er im Prinzip schon den Kredit halb in der Tasche.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die Weiterführung von Betrieben waren die oft ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Und trotz des sozialen Dialoges, der fast ausschließlich von den Gewerkschaften ausging, aber

zu einem Teil auch von Arbeitgebern und deren Verbänden unterstützt wurde, müssen wir auch heute immer noch feststellen, daß die Relationen zwischen politischer Unterstützung unserer Frauen in den sieben Branchen unter Männerdomänen wie Kohleförderung, Stahlerzeugung oder auch Chemie nicht stimmen. Neben den Problemen der Altschulden, der Altlasten im Umweltbereich und den fehlenden Investoren für diese Branchen oder für unsere Branchen waren dies wohl die am meisten zu nennenden Hindernisse.

Um Motivation in diesen Branchen wird und muß täglich neu gerungen werden und das vor allen Dingen deshalb, weil die ungeheure Arbeit, die tagtäglich geleistet wird, nicht immer eine erfolgreiche Arbeit ist, und man sich schon manchmal die Frage stellen muß, wo die Motivation eigentlich noch herkommen soll. Aber im Wissen darum, daß Resignation nichts verändert, haben wir gemeinsam zwar jede Menge Probleme, aber wir sehen sie im positiven Bemühen um Lösungen. So haben die vielen Aktivitäten von 1993 bis heute schon ihren großen Anteil daran, daß ein Pilotvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft, nämlich Absatzförderung für die ostdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, entstand. Wir glauben aber, daß die Betriebe für eine überschaubare Zeit immer noch Hilfe zur Selbsthilfe brauchen. Wir sind uns deshalb auch mit den Arbeitgebern einig, auch für 1997 gemeinsam wirtschaftspolitische Forderungen zu erheben, die vor allem heißen: Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für den Industriestandort Deutschland, Erreichen fairer Wettbewerbsbedingungen für die Textil- und Bekleidungsindustrie in der EU und in der Weltwirtschaft und spezielle Forderungen für die ostdeutsche Industrie, wie z. B. Fortsetzung der Wirtschaftsförderung Ost, stärkere Beteiligung ostdeutscher Unternehmen an der Realisierung öffentlicher Aufträge und nicht zuletzt Zurückfahren der schon eingeführten oder vorgesehenen Gebühren für Abwasser- und Energieträger.

Das bisherige Wachstum der genannten Branchen reicht nach unserem Verständnis nicht aus, um die industrielle Entwicklung zu stützen oder etwa die Finanzierung von Bundes- und Landesebene heute schon kürzen zu können. Der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz erreicht in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Hälfte des Wertes, den er im Westen für moderne Arbeitsplätze notwendig ist. Dazu kommt, daß die betriebliche Bestandspflege noch immer das Stiefkind der Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern ist. Wenn die Länder eingeschaltet werden, wenn Wirtschaftsministerien helfen und Banken Kredite geben sollen, dann ist es in der Regel schon viel zu spät, um die Probleme noch grundsätzlich bearbeiten zu können.

Wir meinen, daß über die konkreten betrieblichen Probleme z. B. die Betriebsräte sowie die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben häufig viel besser Bescheid wissen, als teure Berater. Es muß nach unserer Meinung deshalb möglich sein, durch branchen- und regionalbezogene Arbeitskreise dieses Wissen und die Entwicklungsaufgaben aus den Betrieben herauszuholen. Wird das vernachlässigt, fallen staatliche Unterstützungsmaßnahmen weg oder lassen sie nach, dann wird der Aufholprozeß in der ostdeutschen Wirtschaft nach unse-

rem Dafürhalten abrupt abgebrochen, Ostdeutschland würde zum Armenhaus der Republik verkommen. Wenn wir davon ausgehen, Sie haben diese Zahlen sicher in den letzten zwei Tagen mehrfach beraten, daß wir Ende Februar eine Arbeitslosenzahl von rund 4,7 Mio. haben, und das ist noch nicht einmal der exakte Stand, daß ab 1. April das voraussichtliche Inkrafttreten des neuen Arbeitsförderungsgesetzes für weitere Einschnitte sorgen wird, dann können wir uns vorstellen, daß diese Politik der Leistungskürzung und des Sozialabbaus nicht so weitergefahren werden darf. Wir werden als Gewerkschaft diese Politik weiter bekämpfen, weil wir der Meinung sind, daß sie nicht beschäftigungswirksam, sondern kraftmindernd ist und die gesellschaftliche Spaltung vertieft. Solche Vorschläge, wie Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Teilbesteuerung von Lebensversicherungen und Renten, Wegfall der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, um hier nur einige zu nennen, sind nach unserem Dafürhalten Konfliktpunkte, die auch gerade das Klientel der Gewerkschaft Textil- und Bekleidung betreffen und treffen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, das Dresdner Manifest für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einmal in Ihren Blickpunkt zu rücken. Dort wird eindeutig gesagt, daß eine Politik gebraucht wird, die den Menschen als soziales Wesen in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Mehr möchte ich aus diesem Manifest hier nicht vortragen, weil ich denke, daß dies auch in der Presse nachzulesen ist.

Wir fordern eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich völlig neu orientiert und Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eng verzahnt. Wir machen aber nicht nur die Forderung auf, sondern wir wollen gern daran mithelfen und sind bereit, uns hier stark zu engagieren. Die Betriebe, das wissen wir, und das möchte ich hier noch einmal in den Mittelpunkt stellen, tragen für eine aktive Beschäftigungspolitik und den Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings zuerst die Verantwortung. Aber Maßnahmen zur Produkt- und Prozeßinnovation, zur Markterschließung, zur Aus- und Weiterbildung der Belegschaften sowie zur Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsorganisation müssen genau so wie eine stärkere Entscheidungsbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben zum Schwerpunkt werden. Wir als Gewerkschaft Textil- und Bekleidung im Bezirk Süd-Ost betreuen allein neun Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturförderung. Diese ABS-Gesellschaften sind zu einer solchen regionalen Kooperation bereit und wollen nicht nur Auffangbecken sein.

Allerdings ist das in der gegenwärtigen Zeit immer noch wichtig. Die Situation in der Textil- und Bekleidungsindustrie trifft, wenn auch nicht im gleichen drastischen Maße und der kurzen Zeitspanne, auch auf die anderen Länder der EU zu, und sie hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf ostdeutsche Nachbarn.

Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, auf europäischer Ebene zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel Erfahrungen auszutauschen und den Dialog zwischen den Sozialpartnern zu pflegen und weiterzuentwickeln. Wir

sind dafür, die gemeinsamen Probleme aufzugreifen und an deren Lösung gemeinschaftlich zu arbeiten, wie z. B. beim Kampf um faire Wettbewerbsbedingungen mit der Verankerung von Sozialklauseln im internationalen Handel gegen Sozial- und Ökodumping einschl. Kinderarbeit und Verletzung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten. Dabei geht es uns aber nicht, wie uns oft unterstellt wird, darum, den Globalisierungsprozeß im Welthandel aufhalten zu wollen, wir wissen sehr wohl, daß wir gegen den Weltmarkt keine Mauer errichten können, aber richtig kann doch eigentlich nur sein, durch gemeinsame Projekte eine gemeinsame, beiden Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehung aufzubauen.

Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war, aber zugleich erfahren immer mehr Menschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Auf einem Beschäftigungsgipfel im April 1997 in Berlin wollen wir als Gewerkschaften gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen, den Frauen-, Jugend-, Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden aus den Kommunen sowie aus der Wissenschaft und den Medien wirksame Ansatzpunkte für eine Beschäftigungspolitik, die den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit Rechnung trägt, zusammentragen und sie hinsichtlich der möglichen Umsetzbarkeit diskutieren und dann natürlich nach Möglichkeit auch umsetzen.

Ich erlaube mir, abschließend den Wunsch zu äußern, daß die Erkenntnisse der vergangenen zweieinhalb Tage nicht nur theoretische Aufarbeitung einer vergangenen Epoche und der Zwischenbilanz Aufbau Ost bleiben, sondern zu einem zukunftsfähigen Konzept zur Lösung der dringendsten Probleme in unserem Lande beitragen mögen. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Frau Keller, wir möchten die Diskussion im Anschluß an die Podiumsrunde führen, und ich darf deswegen jetzt Herrn Professor Maier bitten, seinen Beitrag zu liefern.

Prof. Dr. Jörg Maier: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren, zunächst einmal meinen herzlichen Dank, daß Sie mich zu dieser Veranstaltung eingeladen haben. Ich denke, wenn ich das Programm richtig gelesen habe, ist mein Part darin bestehend, auf die regionalwirtschaftliche Seite Bezug zu nehmen und vielleicht eine Antwort auf die Frage zu geben, wo gibt es besonders dynamische Bereiche, wo gibt es besondere Problemräume innerhalb der neuen Bundesländer? Das ist ja ein Thema, das Sie immer wieder angesprochen haben.

Was ist der Anlaß, daß jemand aus einer süddeutschen Universität zu dem norddeutschen bzw. mitteldeutschen Raum referiert? Die Antwort ist ganz einfach. Wir haben eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Entwicklungskonzepten in Thüringen, in Sachsen und in Mecklenburg durchgeführt. Von

der unteren Ebene, also von den Kommunen her, versuche ich, Ihnen aus dieser Sicht eine gewisse Aussage in Verbindung mit gesamtwirtschaftlichen Daten auf der Ebene von Kreisen zu präsentieren.

Zweite Vorbemerkung: Ich halte bei der Betrachtung für ganz wichtig, wenn man an die Kommunen und die Bemühungen vor Ort in den Gemeinden und bei den Betrieben denkt, daß wir uns vor Augen halten, daß regionalwirtschaftliche Entwicklungen zu einem sehr hohen Anteil, d. h. mindestens zu 50 % von Psychologie, durch Erwartungshaltungen, durch Hoffnungen, durch Einstellungen, durch Vorurteile geprägt werden. Ich denke, daß diese Tatsache für uns alle wesentlich ist. Ich komme ebenfalls aus einem Grenzraum. Es ist wichtig, daß wir uns darüber im Klaren werden, daß, wenn ein Mensch sich Krankheiten einredet, sich jeden Tag Negatives einredet, er dann krank wird. Das gleiche gilt für Regionen. Wir plädieren daraufhin zu sagen, daß wir das, was wir an Erfolgen vorzuweisen haben, auch entsprechend darstellen und vermarkten müssen. Damit müssen wir der Bevölkerung vor Ort über die Erfolge, trotz aller Kritik und kritischen Auseinandersetzungen mit den Problemen, Mut machen.

Dritte Vorbemerkung: Es gibt regional gesehen ohne Zweifel Bereiche, die relativ gesehen eine schon sehr günstige Entwicklung mitmachen, wo es neuen Aufschwung gibt, wo es neuen Mut gibt, wo auch Bereitschaft vorhanden ist, etwas umzusetzen und die auch günstige Voraussetzungen dafür haben. Ich werde Ihnen das nachher auch gleich zeigen. Andererseits gibt es Räume, in denen eben sehr hohe Probleme vorherrschen, die auch mittelfristig kaum zu bewältigen sind. Diese Situation deutet darauf hin, daß wir aus der Sicht der Regionalpolitik dafür plädieren, regional differenzierte Programme durchzuführen. Wo immer eine solche Möglichkeit besteht – die Länder wie Sachsen und Thüringen betreiben das ja schon sehr intensiv – sollte eine regional differenzierte Regionalpolitik betrieben werden, um sich nicht von Generalkonzepten verwirren zu lassen. Die Antwort dazu heißt regionales Marketing. Die Regionen, die wir betreuen, sollen sich so darstellen, daß sie ihre Vorteilswerte und Stärken präsentieren und damit den Hinweis geben, daß es hier Chancen für neue Ansatzpunkte gibt. Nun mag man dies insoweit abtun, weil unsere Schwerpunkte in Thüringen und Sachsen liegen und die Bedingungen dort ohne Zweifel günstiger sind, wie in manch anderen der neuen Länder, wo der Strukturbruch einfach gravierend ist, sei es im Bereich der Landwirtschaft oder auch und insbesondere im Bereich der Industrie.

Diese regionale Differenzierung kommt in der Abbildung (Hinweis: Tabellen und Abbildungen in Anlage 7) zum Ausdruck. Sie finden hier Angaben zum Stand März 1996. Die Situation der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe läßt die klassischen Strukturen erkennen, die wir historisch schon immer hatten: Ein sehr hoher Anteilswert in Thüringen und insbesondere in Sachsen, ausstrahlend nach Sachsen-Anhalt und je weiter wir nach Norden gehen, um so bescheidener ist der Anteilswert der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Das heißt, trotz der Deindustrialisierung, trotz erheblicher Rückgänge im

Bereich der Industrie, ist diese Struktur heute noch sehr prägnant vorhanden. Dies ist ein ganz wesentlicher Teil, der die These von der regional differenzierten Regionalpolitik noch einmal unterstreicht.

1995 haben wir versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, gibt es Gewinner, gibt es Verlierer dieser Entwicklung im regionalen Feld? Nehmen Sie diese etwas dunkel schraffierten Bereiche. Auf dieser Abbildung sehen Sie sofort, daß wir einmal den Speckgürtel um Berlin haben, der ohne Zweifel ein solches Vorteilsbild widerspiegelt. Dann sehen Sie die Grenzräume gegenüber den westdeutschen Bereichen, also gegenüber Hessen und Bayern, dann eine Achse, die von Plauen über Zwickau, Chemnitz bis Dresden führt, dann den Bereich um Cottbus, um Leipzig und Magdeburg. Demgegenüber weisen die längsschraffierten Bereiche Nachteile auf. Ich betone im besonderen Maße neben Mecklenburg-Vorpommern den Grenzraum gegenüber Polen und in Sachsen das Gebiet um Zittau herum, also eben auch noch einbezogen den klassischen Bereich des Erzgebirges, wo wir sehr viel über die Frauenarbeitslosigkeit in diesem Bereich gehört haben. Diese Abbildung verdeutlicht den Versuch, etwas von einer regionalen Differenzierung aufzuzeigen und damit auch ein Plädoyer zu halten über diese regionale Differenzierung, die sich bei Investoren natürlich im besonderen Maße niederschlägt.

Sie haben heute erhebliche Wachstumsbereiche gerade in diesen suburbanen Zonen um die Großstädte herum, haben dort Bodenpreissteigerungen und im besonderen Maße Wohnbautätigkeit. Hier herrscht sehr starke Aktivität auch westdeutscher großer Bauunternehmen und Bauträger, die zu dieser Situation beitragen.

Wenn man jetzt nun die neuesten Daten mit heranzieht, so will ich dies anhand von drei Bildern aufzeigen. Anhand der Arbeitslosenquote sehen Sie, wie sich zunächst einmal ein relativ positives Bild im Juni 1994 widerspiegelte. Die erste Euphorie der Entwicklung, die sich 1991, 1992 bis Anfang 1993 vollzog, sorgte auch 1994 noch im Arbeitsmarkt – relativ gesehen – für eine positive Situation. Diese Situation gab damals Anlaß zu der Prognose, daß das eigentlich ein ganz günstiger Entwicklungsgang werden wird. Selbst wenn man die Entwicklung im Dezember 1995 hinzunimmt, ist das auch noch in ähnlicher Weise positiv gewesen.

Sie sehen, daß sich aus der Situation, wie wir sie noch 1995 hatten – mit einem günstigen Anteilswert um Berlin, um Leipzig, Dresden, im Bereich um Plauen sowie in weiten Teilen Thüringens – in der Zwischenzeit doch erhebliche negative Entwicklungen ergeben haben. Hinzu kommen die Einbrüche im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe, die ja Ende diesen Jahres in besonderem Maße auch noch anstehen. Eine Form, die wir sehr wohl sehen müssen, denn der Anteilswert von Neugründungen ist ja viel bescheidener, als man sich zunächst erhofft hat. Und wenn man jetzt daraus wieder so eine Typisierung der Bereiche vornimmt, um eine Antwort auf Ihre Frage zu finden, wo gibt es so etwas wie Gewinner. Dann sehen Sie, daß sich das Bild 1996 deutlich gegenüber 1995 oder 1994 verändert hat. Die größeren Bereiche mit hohem Zu-

strom, mit Wachstum, mit Wohnungsbautätigkeit, mit sehr starker Zunahme des Pkw-Besitzes oder mit anderen Kriterien, die man für solche Zwecke heranzieht, sind enger geworden. Wir haben sie noch im Vorfeld des Erzgebirges, wir haben sie um Leipzig herum, wir haben Sie noch in manchen Städten, auch in Thüringen gibt es solche Fälle, aber dieser Ansatz, den man zunächst eigentlich als sehr günstige Basis zu werten gehabt hat, hat sich doch sehr klar verändert.

Was ziehen wir daraus für eine Konsequenz? Ich denke, daß die regional differenzierte Betrachtung im Sinne einer neuen Regionalpolitik mit klarer Aussage auf die Problemlagen einer Region ausgerichtet, eigentlich noch im weit stärkeren Maße gilt, als das bislang der Fall war.

Zweitens, daß neben der von der Bundesregierung geforderten Schwerpunktsetzung auf die großen Zentren hin, die 12 Zentren in den neuen Ländern, die kleinen und die mittleren Städte, die Städte zwischen 70.000 und 100.000 Einwohnern, vielleicht sogar um 50.000 Einwohnern, eine besondere Kategorie der Förderung bilden sollten mit einem sehr starken Engagement für die Ansiedlung und Neugründung kleiner und mittlerer Betriebe in zukunftsorientierten Branchen. Diese Chance ist durchaus gegeben, wenn wir uns auch hier mit allen Möglichkeiten moderner Gewerbepolitik, z. B. Junghandwerkerhöfe beschäftigen, was im Zeichen der Europäischen Union sehr stark forciert wird und der Bildungszentren sowie der Dienstleistungszentren diesem Thema widmen.

Neben dem Fremdenverkehr und den Dienstleistungen ist sicherlich ein weiteres Thema im folgenden Fragenkreis zu sehen: Wir müssen bei privaten Investoren Chancen für die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen schaffen, also dieser Form, die ja in allen Bundesländern derzeit zu einem wesentlichen Teilaspekt führt.

Betrachten Sie jetzt bitte einmal die Beschäftigtenentwicklung 1991 bis 1994 mit der rückläufigen Beschäftigtenentwicklung insgesamt. Sie ist relativ bescheiden in Plauen, Zwickau und in Leipzig. Die Entwicklung im Umfeld von Berlin – wobei diese Einbindung in Arbeitsamtsbezirke nicht sehr glücklich ist, weil damit auch Regionen, die sich nicht so positiv entwickeln, ebenfalls mit in die Betrachtung einbezogen werden – zeigt uns, daß wir fast klassische Strukturen wiederfinden. Wenn Sie noch einmal auf Ihre Grundsatzfrage diese Abbildung anwenden, sehen Sie, im Süden liegen die schon jetzt mehrfach apostrophierten Schwerpunkte, daneben Cottbus, Frankfurt/Oder und das Umfeld von Berlin, der Norden Neubrandenburgs, Schwerin und Teile an der Ostseeküste, die hier als Wirtschaftsstandorte herauszuarbeiten sind.

Unser Plädoyer ist deshalb, neben den 12 Schwerpunkten, die die Bundesregierung gesetzt hat, müssen weitere gesetzt werden. Auf solche Standorte wie Frankfurt an der Oder, wie Cottbus, wie Rostock, wie Schwerin muß gesetzt werden, um deutlich zu machen, daß es noch zusätzlich solche Impulse auf

dieser Mittelstadtebene gibt, die eigentlich tragfähig für die Zukunft sind. Ich danke Ihnen.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank Herr Professor Maier. Ich darf jetzt Herrn Dr. Schmachtenberg bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Rolf Schmachtenberg: Vielen Dank vor allem für die Einladung, hier sprechen zu dürfen und einige Thesen, zu dem ja sehr breiten Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich eines Ausblicks“ vorzutragen. Dabei haben Sie einige Fragen mit auf den Weg gegeben, die man bei der Ausarbeitung dieser Thesen berücksichtigen möge. Dabei fiel mir auf, daß ein großer Teil dieser Fragen sich noch einmal mit den Ausgangsbedingungen befaßte.

Ich denke, es ist sicherlich klar, daß die Ausgangsbedingungen, wie sie die Planwirtschaft gegeben hat, nicht die optimalen für den Aufbau der Wirtschaft waren. Ich glaube aber auch, daß die Entwicklung sicherlich auch inzwischen sehr stark durch Entscheidungen geprägt ist, die nach 1989 getroffen wurden.

Meines Erachtens sollte man in solch einer Bilanz auf alle Fälle einige Erfolge hervorheben, bevor man sich dann den Problemen zuwendet.

Die Erfolge, die in der Einkommensituation erzielt wurden oder auch der Erfolg, daß der Transformationsprozeß bislang im sozialen Frieden ablief, sind meiner Meinung nach sehr wesentlich und stark herauszuheben. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß die Quote der Arbeitsplätze je Einwohner in den neuen Bundesländern nicht geringer ist, als in den alten Bundesländern. Wir sollten auch nicht verschweigen, daß Enormes beim Aufbau einer modernen Infrastruktur (Telekommunikation, Fernstraßen, Schnellzugverbindungen, Strom- und Erdgasversorgung) geleistet wurde und noch geleistet wird, und wir sollten auch nicht verschweigen, daß der Übergang hier sehr viel geordneter verlief als in den meisten G.U.S.-Ländern. Ich glaube, daß dafür auch sehr viele Bürger dankbar sind.

Aber es gibt eben auch eine Reihe von Problemen und an erster Stelle steht sicherlich die extrem hohe Arbeitslosenquote, die auch auf einem sehr hohen Niveau in diesem Jahr bleiben wird, und die, wie jetzt gerade eben deutlich wurde, regional differenziert zu sehen ist. Da gibt es Lichtpunkte wie Dresden und Potsdam und daneben, oft schon ganz dicht dabei, große Schatten und wenig Bewegung. Zu beachten ist weiterhin die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen wie z. B. Frauen ab 50 Jahren, die faktisch keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt haben und möglicherweise, wenn sie alleinstehend sind, eine relativ geringe Altersversorgung vor sich haben.

Ein weiterer Problembereich resultiert aus dem extremen Rückgang der Geburtenquote. Sicherlich kann sich diese jetzt wieder an das westdeutsche Niveau anpassen, aber das niedrige westdeutsche Niveau ist aus meiner Sicht auch nicht gerade ein sehr positives Kennzeichen unserer Gesellschaft.

Ein weiteres Problem, was aus meiner Sicht auch ein großes Problem darstellt, ist die geringe Vermögensbildung in Ostdeutschland (die Geldvermögen je Einwohner liegen bei 20 % des Westniveaus). Denn, wer nur über geringe Vermögen verfügt, hat von daher auch schlechtere Startchancen, um Kredite aufzunehmen und um Unternehmen zu gründen. Wir vergleichen immer die Lohnniveaus, die liegen mit 70-90 % schon relativ hoch. Diese führen sogar dazu, daß die Lohnstückkosten hier im Durchschnitt höher sind, als in Westdeutschland. Die Vermögenssituation, die ja auch wichtig ist als Ausgangspunkt für eigenes wirtschaftliches Handeln, ist jedoch deutlich schlechter.

Wir haben deswegen insgesamt in der jetzigen Situation nach wie vor eine ungeheuer hohe Transferabhängigkeit der ostdeutschen Länder. Die Grundlagen für einen eigenen, sich selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung sind sicherlich noch nicht gelegt, das wird ja auch daran deutlich, wie stark hier das Wirtschaftswachstum bisher von der Bautätigkeit geprägt wurde. Wenn im Bau, sei es auch nur durch einen kalten Winter, Schwierigkeiten auftreten, dann schlagen sie sich sofort in der gesamten Wirtschaft nieder. Mit dem Auslaufen der Förderbedingungen wird das sich auch bestätigen.

Der Anteil der neuen Bundesländer am Export ist extrem gering. Dies ist auch insofern ein großes Problem, weil die Integration der neuen Bundesländer in Europa noch lange nicht vollzogen ist. Gerade das große Problem des Umgangs mit ausländischen Arbeitnehmern, mit ausländischen Kollegen z. B. auf den Baustellen rund um Berlin, ist auch davon geprägt, daß Ostdeutsche keine positiven Auslandserfahrungen haben. Während es für Westdeutsche klar ist, daß die westdeutsche Wirtschaft als exportorientierte Wirtschaft davon abhängt, viele Waren ins Ausland verkaufen zu können, gilt das eben für die ostdeutsche Wirtschaft nicht.

Sehr schwerwiegend – auch als Ausgangsbedingungen für den weiteren Ausblick – ist der fast vollständige Verlust wirtschaftlicher Kompetenz in dem Sinne, daß es so gut wie keine bedeutenden Zentralen von Wirtschaftsunternehmen in Ostdeutschland gibt, so daß also alle wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen nicht in Ostdeutschland getroffen werden.

Ebenso haben wir einen extremen Abbau der technologischen Kompetenz zu verzeichnen. Die meisten Betriebe sind sehr kleine Betriebe. In Brandenburg z. B. sind 88 % aller Unternehmen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. In ihnen spielt faktisch Forschung und Entwicklung keine Rolle. Nach eigenen Angaben sagen 88 % unserer Unternehmen bei Forschung und Entwicklung – Fehlanzeige. Sie sind unter der kritischen Größe, wo das überhaupt ein Thema ist. Aber auch die großen Betriebe, die wir noch haben, sind oft Zweigbetriebe viel größerer Unternehmenszusammenhänge und verfügen daher auch über keine eigene Kompetenz im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Dies erschwert den Forschungstransfer. Auch wenn wir z. B. in Berlin und in Brandenburg einiges im Aufbau der Universitäten versuchen, der Technologietransfer scheitert dann oft daran, daß es gar nicht die Unternehmen gibt, die in der Lage wären, dies umzusetzen. Die Brandenburgische Technische

Universität Cottbus ist durchaus im Moment recht erfolgreich im Geschäft der Forschung für Dritte, aber fast ausschließlich für westdeutsche Unternehmen. Das mag nun sicherlich auch ein Ausdruck der Berufungspolitik sein. Sicherlich hat der eine oder andere, der dort Berufenen auch aus Westdeutschland entsprechende Kontakte mitgebracht, zweifelsohne. Aber das ist nur der eine Teil. Der andere Teil ist: Er findet die geeigneten Partner für Forschungsvorhaben eben in Westdeutschland und nicht in den neuen Bundesländern.

Dann haben wir sicherlich auch einen für die Menschen häufig schmerzhaft empfundenen Kompetenzverlust, letztlich aufgrund der Übernahme des westdeutschen Rechtssystems. Das führte doch unmittelbar dazu, daß die westdeutschen Eliten nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und administrativen Bereich dominieren.

Weitere Fehlallokationen sind aus meiner Sicht darauf zurückzuführen, daß wir Formen der Förderung durch steuerliche Abschreibung genutzt haben, wie sie in Westdeutschland bewährt waren, die aber dazu geführt haben, z. B. Gewerbezentren in einer ungeheuren Masse zu produzieren. Die Folge der wenig zielgenauen Abschreibungsförderungen ist, daß uns jetzt die Steuereinnahmen an anderer Stelle fehlen.

Insgesamt ist auch ein Problem, daß die Finanzierung dieser Transferleistungen bei einem Großteil über die Sozialversicherung vollzogen wird und damit die Finanzierung einigungsbedingter Aufgaben überproportional sozialversicherungspflichtige Abhängige belastet, das wiederum allein innerhalb Westdeutschlands auch zu einer Umschichtung in den Einkommen geführt hat, die dazu führt, daß die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hier prozentual mehr von ihrem Einkommen aufbringen für die Transferleistungen als Beamte und Selbständige.

Für mich ein ganz gravierendes Problem, auch in der täglichen Beobachtung, was aus diesen hier aufgelisteten Dingen folgen mag: Ich spüre zunehmend eine geringere Akzeptanz für die Parteiendemokratie. Die Verdrossenheit gegenüber dem Engagement in Parteien und damit dem Mitwirken an diesem Transformationsprozeß, der ja noch lange nicht abgeschlossen ist, nimmt ja eher zu als ab. Ich habe den Eindruck, daß die bewährte praktische Lebenstugend der Nischengesellschaft, der DDR-Gesellschaft, wie sie einmal gekennzeichnet wurde, gerade auch wieder sehr aktiviert ist. Viele haben sich, glaube ich, wieder in ihrer Nische eingerichtet und leben in dem von Soziologen jetzt so häufig beschriebenen Paradox „mir persönlich geht es besser, aber uns geht es schlechter“. Weil in der Tat, ich habe das zu Beginn unter den Erfolgen aufgezählt, die individuelle Einkommenssituation, die Reisemöglichkeiten werden von fast allen als deutlich verbessert wahrgenommen, da gibt es gar keinen Zweifel, aber der gesamte Lebenszusammenhang wird eben als „uns geht es schlechter“ wahrgenommen, und in diesem Paradox erfolgt der Rückzug in die Nische und nicht das Engagement im Transformationsprozeß. Ich denke, viele dieser Entwicklungen sind eben auch durch politische Entscheidungen bestimmt worden, die zum Teil sicherlich der Eile, die ohne Zweifel 1990 gebo-

ten war, geschuldet sind, die man aber hätte danach revidieren können. Es ist dann heute höchste Zeit, diese Entscheidungen zu revidieren.

Einige Bemerkungen zum Ausblick, zur Zukunft: Ich denke, daß für Ostdeutschland noch lange besonderes Engagement von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik nötig sein wird. Ich glaube aber nicht, daß es gelingen wird, für Ostdeutschland noch lange einen Sonderweg in Deutschland zu gehen, sondern, daß es darum gehen muß, ostdeutsche Probleme herauszuarbeiten, die insgesamt für Gesamtdeutschland inzwischen ein Thema sind, und da steht natürlich die Arbeitslosigkeit an erster Stelle. Möglicherweise können wir dann doch aus dem Transformationsprozeß Erfahrungen einbringen, die wir dann in Politik für ganz Deutschland umsetzen können. Diese verbindende Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit drückt sich ja auch darin aus, daß mittlerweile in Teilen Westdeutschlands die Arbeitslosenquote ebenfalls die 15 %-Marke erreicht hat, also insofern für Westdeutsche plötzlich Zahlen zutreffen, die sie vor ein, zwei Jahren noch als ostdeutsche, ostelbische Extrema und nicht für ihre eigene Lebenswirklichkeit als relevant angesehen haben.

Und ich denke, es gibt hierzu wichtige Vorschläge, die man diskutieren müßte, wie ein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich ist. Hierzu hat im Auftrag des Vorstandes der BA das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit im letzten Jahr ein Gutachten vorgelegt „Wege zu mehr Beschäftigung“, das auch sehr umfassend von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik diskutiert wurde und im Prinzip in seinen Aussagen akzeptiert wurde. Dieses sieht ein Maßnahmenpaket vor, in dem vier wesentliche Aktivitäten in einer abgestimmten über mehrere Jahre sich vollziehenden Politik ergriffen werden sollten.

Zum einen eine Lohnzurückhaltung, d. h. eine Lohnsteigerung im Bereich der Inflationsrate, das ist übrigens der einzige Punkt der vier, der bereits eingehalten wird. Zum anderen eine aktive Politik der Arbeitsumverteilung durch Überstundenabbau, Arbeitszeitverkürzung und höhere Teilzeitquote, wo übrigens gerade auch für Ostdeutschland trotz niedriger Einkommen durchaus Reserven liegen. Dann eine Umschichtung in der Finanzierung der sozialen Sicherheit, indem die Lohnnebenkosten endlich von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden und hierfür eine Erhöhung indirekter Steuern eintreten. Und viertens tatsächlich auch eine langsamere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Umschichtung hin zu investiven Ausgaben.

Dieses Viererpaket beinhaltet sowohl Elemente einer angebotsorientierten Politik als auch einer nachfrageorientierten Politik und könnte wirksam werden.

Das ist faktisch nur ein Punkt der Willensbildung. Neben solchen anderen Rahmendaten brauchen wir in der Wirtschafts-, Tarif- und Steuerpolitik sowie Sozialpolitik durchaus auch eine Fortführung beschäftigungspolitischer Förderinstrumente sowohl in Ost- wie in Westdeutschland. Ich denke, daß wir hier die ganzen positiven Erfahrungen in Ostdeutschland im Bereich der Lohnkostenförderung nach § 249h AFG auch in Gesamtdeutschland einbringen kön-

nen. Hier haben wir in Ostdeutschland ein Instrument entwickelt, das es erlaubt, notwendige Arbeiten beschäftigungswirksam zu fördern und zugleich wettbewerblich zu vergeben, so daß die Durchführung in der Wirtschaft effizient erfolgt und nicht wettbewerbsverzerrend wirkt. Das heißt, hier ist ein Bereich, wo wir in Ostdeutschland im Transformationsprozeß eine neue Entwicklung angeschoben haben, und die müßten wir nun nur einbringen. Das steht für mich als eines der wesentlichen Beispiele, wie aus dem Transformationsprozeß auch für Gesamtdeutschland Dinge entwickelt werden können.

Ein weiterer Bereich, der sehr beachtlich ist, sind die Solidaritätsleistungen, die wir bei den ostdeutschen Lehrern sehen. Sicherlich aus der Not geboren, sind hier die Modelle Arbeitszeitverkürzung statt Entlassungen beispielhaft und sollten auch stärker in Westdeutschland wahrgenommen und möglicherweise auch berücksichtigt werden. Ansonsten wird man da auch ähnliche Probleme in einer Zeit geringer Geburten bekommen.

Also hier eine zentrale Aussage für den Ausblick: Spezifische ostdeutsche Probleme sind hier häufig nur krasser, treten aber auch in Westdeutschland auf. Für diese Probleme muß man dann in ganz Deutschland Lösungsansätze auf der Grundlage unserer Erfahrung formulieren. Das wäre mein Beitrag zum Ausblick.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen herzlichen Dank, das war ein breites Spektrum. Herr Dr. Lubk.

Dr.-Ing. Rainer Lubk: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich danke für die Einladung, die gestern zu dieser Beratung an mich ergangen ist, gibt sie doch noch einmal Gelegenheit, auch aus der Kenntnis der beiden letzten Tage, einige Dinge hier darzulegen.

Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Herrn Dr. Schmachtenberg anknüpfen, daß es zu den wesentlichen Ergebnissen des Transformationsprozesses gehört, daß in Ostdeutschland nach den Beschäftigungseinbrüchen der Jahre 1991 bis 1993 inzwischen fast das Niveau der Erwerbstätigkeit – wie es in Westdeutschland existiert – erreicht wurde.

Auch die weitgehende Wahrung des sozialen Friedens zählt zu den Ergebnissen eines erfolgreich bewältigten Transformationsprozesses.

Zuzustimmen ist der Feststellung, daß es eine abnehmende Akzeptanz der Parteiendemokratie gibt; dies scheint aber erklärbar, wenn z. B. jede der Parteien mit eigenen Befunden zu den Problemen von Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit aufwartet. Der Bürger scheint es leid zu sein, sich in diesem Gegeneinander noch zurecht zu finden.

Zu den Anmerkungen über die Eigentumsfrage erlaube ich mir den Hinweis, daß auch dies ein Beispiel sein dürfte, bei dem Sachaufklärung dringend notwendig ist. Nach den vorliegenden Analysen des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen handelt es sich bei den Auseinandersetzungen häufig nicht, wie allgemein angenommen, um ein West-Ost-Problem,

sondern um ein Problem zwischen Bürgern, die die DDR verlassen hatten und denen die geblieben sind.

Im übrigen sollte man die Bedeutung des Prinzips „Rückgabe vor Entschädigung“ für die Wiederherstellung eines Rechtsbewußtseins nicht unterschätzen.

Standortbestimmung und Ausblick zur Wirtschaft

Als Vertreter eines Ministeriums, in dem Wirtschaft und Arbeit vereint sind, sollen im folgenden der Stand im Transformationsprozeß und Schwerpunkte bzw. Probleme der weiteren Arbeit auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeit kurz skizziert werden:

In den neuen Ländern ist zwischen 1991 und 1996 das Bruttoinlandsprodukt real um rund 6,8 % gestiegen. In Sachsen waren es 7,2 %.

1996 war in den neuen Ländern allerdings nur ein Wachstum von 2 % zu verzeichnen, in Sachsen waren es 2,6 %.

Diese Entwicklung kommt nicht unerwartet. Die nachlassenden Impulse aus der Bauwirtschaft, die in Ostdeutschland einen dreimal so hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat wie in Westdeutschland sowie die allgemeinen Konjunkturprobleme in Deutschland und Schwächen ostdeutscher Unternehmen – darauf wurde in der gestrigen Sitzung hingewiesen – ließen dies erwarten.

Der Abstand in der Wirtschaftskraft konnte gegenüber Westdeutschland bisher nur wenig abgebaut werden, ohne das dies die bisherigen Aufbau-Leistungen schmälert.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beträgt in Sachsen rund 60 % des westdeutschen Niveaus (1995). Im Bundesgebiet Ost sind es nur 57 %. Der Beitrag der neuen Länder zum Bruttoinlandsprodukt beträgt 9,3 %. Der Bevölkerungsanteil der neuen Länder liegt bei rund 19 %.

Es gibt ein erhebliches Kapitaldefizit in Ostdeutschland. Der Kapitalstock je Einwohner beträgt etwa 50 % des Niveaus in Westdeutschland.

Diese wenigen Werte für zentrale gesamtwirtschaftliche Maßstäbe zeigen in Verbindung mit dem Wissen, daß wir nach der bisherigen Wachtumsdynamik in eine zunehmend labilere Phase kommen, daß Forderungen nach einer Reduzierung der West-Ost-Transferzahlungen zur Förderung von Investitionen oder des Abbaus von Förderpräferenzen für Ostdeutschland der Situation nicht im geringsten angemessen sind.

Notwendigkeit und Umfang der finanziellen Hilfen an die neuen Bundesländer wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit und auch von der westdeutschen Wirtschaftspolitik bisher fast ausschließlich unter dem verteilungspolitisch geprägten Solidaritätsgesichtspunkt gesehen und gewertet. Eine solche Sicht ist verzerrt:

1. Die finanziellen Hilfen Westdeutschlands für die neuen Bundesländer sind zweifellos ein Akt der Solidarität. Einschließlich der Ausgaben für reine Bundesaufgaben sind im Zeitraum 1991-1996 von Westdeutschland rund 780 Mrd. DM netto als Transfermittel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern bereitgestellt worden. Das waren rund 5 % des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes.

2. Diese Leistung wird ohne jede Einschränkung dankbar anerkannt. Sie wurde gewährt, ohne daß diese Hilfe im Grunde von westdeutscher Seite jemals in Frage gestellt worden wäre.

3. Ökonomisch betrachtet sind diese Hilfen jedoch nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein Akt der Solidarität:

   Eine weitgehende Abwanderung ostdeutscher Arbeitskräfte zu westdeutschen Arbeitsplätzen wäre – selbst wenn diese in ausreichendem Maße vorhanden wären – langfristig gesamtwirtschaftlich unzweckmäßig. Der mögliche Zuwachs an Produktivität würde auf Dauer hinter den sozialen Zusatzkosten einer solchen „Völkerwanderung“ – insbesondere im Wohn- und Siedlungsbereich – zurückbleiben. Investitionen in Ostdeutschland lassen auf der Grundlage der hier vorhandenen Grundausstattung aus Infrastruktur und Humankapital für einen längeren Zeitraum höhere gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse als in den alten Bundesländern erwarten. Die finanziellen Hilfen aus Westdeutschland sind insoweit Investitionen in den Standort Deutschland.

4. Der Umfang der Finanztransfers hat dort seine Grenze, wo er über eine mittelfristige Abschwächung der Leistungsanreize in Westdeutschland die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate zu beeinträchtigen droht.

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

In Ostdeutschland waren bzw. sind 3 Prozesse, die gleichzeitig ablaufen, zu bewältigen.

Erstens ging es um die Umwandlung einer zentralistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft. Das Handeln der Menschen mußte von den Beschränkungen durch den demokratischen Zentralismus (Diktatur des Proletariats) befreit werden – selbstverantwortliches Handeln war gefragt.

Zweitens: 1989 ging die Wirtschaft in den alten Ländern auf eine Rezession zu. Durch den Boom der Wiedervereinigung wurde diese Problem überspielt, gleichzeitig konnte man von den eigentlichen Ursachen wegschauen, sie existierten aber weiter.

Drittens: Die Phase der Wiedervereinigung Deutschlands und des Aufbaus in den Ländern fällt in eine Zeit grundlegender Umwälzungen in den frühindustialisierten Ländern.

Es gibt eine Reihe von empirisch nachweis- und belegbaren Sachverhalten, die in das öffentliche Bewußtsein bisher kaum eingedrungen sind:

Das Arbeitsvolumen pro Kopf der Wohnbevölkerung nahm in Westdeutschland in den letzten 20 Jahren um 1/10 ab. Zugleich stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um rund 2/3.

Es gibt eine zügige Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Wissen und Kapital (Produktionsfortschritt).

Zugleich bewirkt eine voranschreitende Internationalisierung (Globalisierung) vielfältigste Veränderungen in der Arbeitswelt. In den letzten Jahren sind durch die technische Entwicklung Arbeitskräfte weltweit verfügbar, ebenso können heute fast genauso rasch Produktionsstandorte verlagert werden.

Die Verminderung des Arbeitsvolumens trifft die Erwerbsbevölkerung unterschiedlich, vor allem im Bereich der abhängigen Beschäftigung. Die Zahl der Nichtnormarbeitsverhältnisse (u. a. Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Zeitarbeit, Scheinselbständigkeit) hat zugenommen.

Die Folgen der Ersetzung von Norm- durch Nichtnormarbeitsverhältnisse sind

– eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und daraus abgeleiteten Transfereinkommen (z.Z. in Deutschland ca. ¼ Nichtnormarbeitsverhältnisse); Nettoarbeitsentgelte steigen kaum noch, sie sinken teilweise,

– eine steigende Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zum Ausgleich von Einkommensverlusten.

Diese Entwicklungen treffen zusammen mit:

– den Folgen der Individualisierung (Bildungsexpansion, kollektiver Wohlstand, räumliche und soziale Mobilität, weitgehende zivile, politische und soziale Grundrechte), die Individualisierung führt zu einer hohen Erwerbsbeteiligung (Frauen),

– hohen Zuwanderungsüberschüssen

  1989-1994 hatte Deutschland bei Ausländern ein positives Wanderungssaldo von 2,2 Mio. Personen. Dazu kommen rund 1,3-1,4 Mio. Aussiedler sowie statistisch nicht erfaßte Größen für Grenzpendler und EU-Bürger, die im Rahmen von Werkverträgen in Deutschland tätig sind.

– einer Situation in Ostdeutschland, in der ungleich geringere Vermögen als in Westdeutschland vorhanden sind, in der es teilweise DDR-tradierte Erwartungshaltungen hinsichtlich des Anspruchs auf Arbeit an den Staat gibt (dies wurde in den letzten Jahren und auch heute noch durch umfängliche Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt gestützt),

– dem Wegfall originär systemgebundener Arbeitsplätze in Ostdeutschland (420.000 bis 480.000) und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in Westdeutschland vor allem durch die Beendigung des kalten Krieges, insgesamt

dürften es mindestens 850.000 Arbeitsplätze sein, die durch die Wiedervereinigung und Beendigung des kalten Krieges entfallen sind und

– einem in Ost und West zu beobachtenden Mangel wirtschaftlichem Sachverstand.

Lösungswege: Es gibt keinen Königsweg, insofern werden die von Herrn Dr. Schmachtenberg hervorgehobenen Vorschläge des IAB zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 skeptisch betrachtet.

Allein die Forderung, Überstundenarbeit um über 50 % zu reduzieren, scheint unrealistisch. Mehr als 2/3 aller Überstunden werden in kleineren Unternehmen erbracht. Gerade in diesen Unternehmen gibt es hinsichtlich der weiteren Aufträge viele Unsicherheiten.

Es gibt von Seiten der Kunden einen enormen Anpassungsdruck an die Unternehmen, d. h. sie müssen sehr schnell und flexibel reagieren können. Auch andere Vorschläge des IAB scheinen in Zukunft nicht umsetzbar, weil man sich in der Gesellschaft noch nicht bewußt ist, daß diese Dinge umgesetzt werden müssen.

Alle, d. h. Politik und Bevölkerung müssen die veränderte Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen. Überkommene Sicht und Verhaltensweisen müssen geändert werden, z. B.:

– Vorbehalte gegen einfache Dienste existieren weiter (es sind ja andere da z. B. die Ausländer).

– Die geringe Bereitschaft zur Selbständigkeit und Eigenverantwortung muß überwunden werden.

– Die bisherige Fixierung auf Erwerbsarbeit als wichtigste sinnstiftende Tätigkeit, die zugleich mit höchsten Ansprüchen an die Erwerbsarbeit verbunden ist, muß angesichts des grundsätzlichen Trends zur Verringerung des Arbeitsvolumens aufgelöst werden.

– Wir müssen lernen, mit Unterschieden umzugehen.

Anders formuliert: Subjektive Sicht- und Verhaltensweisen müssen wieder mit dem objektiv vorhandenen Handlungsrahmen (Demokratie, technischer Wandel, Globalisierung) in Übereinstimmung gebracht werden.

Schlußfolgerungen für die Politik, insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, sind:

1. Die Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft (Arbeitskostensenkung, Steuersenkung, Qualifizierung, Flexibilisierung usw.) müssen fortgeführt werden, wobei aber klar sein sollte, daß dies nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit führen wird.

2. Es wird ein neues Verständnis von Unternehmer und Unternehmertum benötigt (mit einer entsprechenden Wissensvermittlung muß bereits in der Schule begonnen werden).

3. Die Umverteilung von Arbeitszeit kann partiell richtig sein und sollte gefördert werden, sie ist aber in ihrer Wirkung begrenzt. Umverteilung von Arbeitszeit könnte nur im Sinne von Lebensarbeitszeit erfolgen.

   Es muß zu einer „Auflockerung" des klassischen Berufslebens kommen z. B. durch Ansätze der gesellschaftlichen Aufwertung und materiellen Absicherung von Alternativen wie freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr, Aktion 55 in Sachsen.

4. Die vorhandenen Ansätze zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik müssen ausgebaut werden.

5. Es ist dringend erforderlich, Familien und kleine Lebenskreise zu fördern. Die Gesellschaft wird niemals das leisten können, was Familien und kleine Lebenskreise leisten können.

6. Das Problem der Zuwanderung darf nicht weiter tabuisiert werden. Man sollte die strukturellen Veränderungen in der Zuwanderung, wie sie sich seit einigen Jahren zeigen, zur Kenntnis nehmen.

7. Die Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme und ihre Finanzierbarkeit müssen vorurteilslos geprüft werden.

8. Der Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern sollte unbedingt fortgesetzt werden. Wesentlich ist dabei auch, daß von einheitlichen Befunden aus diskutiert wird.

Ich bedanke mich.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Als letzter in dieser Runde, Herr Professor Schmidt bitte.

Professor Dr. Reinhard Schmidt: Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich von ganzem Herzen bedanken für die Ernsthaftigkeit, mit welcher die Enquetekommission hier drei Tage lang zu Werk gegangen ist. 23 Stunden Sitzungsdauer sind keine Kleinigkeit. Als Außenstehender und Gast konnte ich das Ringen dieser Kommission um Problemlösungen ganz nah erleben. Doch alle Bemühungen in Ehren, diese Enquetekommission kann die Probleme nicht allein lösen. Hier hat der Montag Nachmittag einen bitteren Beigeschmack hinterlassen. Ich finde, daß die mit gesellschaftlichen Entwicklungen befaßten Wissenschaften für den Bundestag und die Bundesregierung zu wenig Vorarbeit leisten. Es zeigt sich, daß gegenwärtig die Universitäten mit Recht in die Kritik geraten sind. Ich will hier gern als Nestbeschmutzer fungieren. Was meine ich mit dieser Behauptung? Ein Beispiel soll das belegen.

Jede Seite des geteilten Deutschlands hatte ihre Hymne. Auf der einen, der besseren Seite, wurde mit Blick auf internationale Befindlichkeiten auf den ersten Vers des Deutschlandliedes verzichtet. Auf der anderen Seite hatte man den Text von R. Becher ganz gestrichen. Nur die Melodie durfte gespielt werden. Niemand sollte sich an das Wort vom „Deutschland einig Vaterland" erinnern. Man hielt sich als die erste Arbeiter- und Bauernmacht auf deutschem Boden. Da paßte der DDR-Führung dieser Text von R. Becher nicht mehr.

Am Montag, während dieser Anhörung, überkam mich das Gefühl, daß die Menschen auf der Schattenseite in ihrem Herzen mehr an ein einiges Deutschland gedacht haben als die Menschen auf der anderen. Es darf doch nicht wahr sein, wenn hier Wissenschaftler kundtun, daß es für sie nach 1970 nicht mehr opportun gewesen wäre, über die deutsche Einheit nachzudenken. Diese Hochschullehrer hätten gut in die DDR gepaßt, wo es kein Grundgesetz mit dem Artikel 5 gab, in welchem die Freiheit von Lehre und Forschung festgeschrieben ist. Sie haben eine Mitschuld an dem Unvorbereitetsein auf die deutsche Einheit. Das muß ich hier sagen.

Zu den letzten DDR-Filmen zählte „Jakob der Lügner" nach einem Buch von Jurek BECKER. Seine Geschichte ist schnell erzählt. Jakob hat im KZ seine Mithäftlinge aufrechterhalten und gestärkt, indem er behauptete, er hätte es aus sicherer Quelle erfahren, daß die befreienden Truppen bereits vor den Toren des KZ stehen würden. Er wußte das nicht. Er hatte es nur vorgeflunkert. Aber alle hielten sich an diese Lüge und so überlebten sie gemeinsam mit Jakob.

Auch in der DDR gab es eine Lüge. An diese hielten sich Tausende. Sie stammte aber nicht von einem Jakob. Sie war von der DDR-Führung herausgegeben. Die Lüge lautete: Der westdeutsche Kapitalismus hat ein Weißbuch in der Tasche. Darin ist genau festgelegt, wie er die DDR mit ihrer volkseigenen Wirtschaft vereinnahmen will. Die Menschen in der DDR, die sich an diese Lüge gehalten haben, ahnten nicht, daß es gerade dieses Weißbuch nicht gegeben hat. Sie glaubten im Angesicht einer blühenden westdeutschen Landschaft, daß alles von Westdeutschland aus im Osten ganz schnell geregelt wird. Das im Westen geübte Vertrauen auf die Kräfte der freien Wirtschaft war ihnen nach 40 Jahren unbekannt. Ich sehe noch heute das Bild deutlich vor mir, wie junge Menschen einen Tag vor der Märzwahl 1990 wie Fußballfans vor dem Leipziger Hauptbahnhof schrien: Wählt CDU, CDU, CDU – die hat das Geld.

Das war dieser falsche Glauben an das nicht vorhandene Weißbuch, das noch heute fehlt, und damit zur Wirtschaft der Gegenwart als Folge ihrer Vergangenheit. Es hat einst in der Biologie die folgende wissenschaftliche Frage gegeben: Können sich noch heute aus höher molekularem Eiweiß neue Lebensformen entwickeln? Die Antwort lautet nein. Dieses Eiweiß würde auf der Erde sofort in die Nahrungskette der bereits vorhandenen Organismen eingebaut. Solches erinnert an die Wirtschaftsgegenwart hier im Osten der Bundesrepublik. Die bis 1990 stabilen westdeutschen Wirtschaftsregionen, die jetzt im Ausland schon nicht mehr so stechen wie einst, sind geradeso in der Lage, hier

neu entstehende Betriebe wettbewerblich so niederzuhalten und in ihre Gefüge einzubauen, wie die Lebewesen das neue Eiweiß in ihre Nahrungskette einbauen würden. Ich muß sagen, es ist gar nicht möglich, daß nach diesen 40 Jahren hier noch einmal große Wirtschaftsstrukturen entstehen. Das kann man nicht den Kräften der freien Marktwirtschaft überlassen. Da bedarf es schon eines Weißbuches.

Ich möchte mich noch einer zweiten Frage zuwenden. Wann wird endlich eingesehen, daß, wenn ein voller und ein leerer Wassereimer nebeneinanderstehen, nach Umverteilung der Inhalte bestenfalls zwei halbgefüllte Wassereimer nebeneinander stehen können? Auch das hätte in dem Weißbuch stehen müssen. Jetzt wird die Globalisierung der Märkte dafür sorgen, daß sich auch der rechte bisher immer gut gefüllte Eimer nicht mehr so auffüllen läßt, daß daraus stets und ständig in den linken Eimer nachgegossen werden kann.

Zuletzt komme ich zur Frage der Arbeitsverwertung. Der Bürger im Osten Deutschlands verfügt über kein Kapital, um am Markt wettbewerbsfähig zu werden. Seiner Hände Arbeit und die Fähigkeiten seines Hirns sind das einzige, was er verkaufen könnte. Wenn aber die Computer schneller rechnen und Geld zählen können und der computergesteuerte Roboter schneller greift, was hält dieser Mensch denn dann noch in seinen Händen, um marktwirtschaftlich aufzutreten? Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht neu. Wir müssen es den altgeschichtlichen Ägyptern bescheinigen, daß sie keine Demokratie, aber die drei am längsten andauernden stabilen Dynastien in der Menschheitsgeschichte hatten. All uns Demokraten sei ins Stammbuch geschrieben – die hochwohllöbliche griechische Diktatur hatte nur 60 Jahre Bestand. Die ägyptischen Dynastien standen wie heute vor dem Problem der Arbeitsverwertung. Sie benötigten keine Dreifelderwirtschaft, keine Düngung und keinen Fruchtwechsel. Der Nil brachte Jahr für Jahr eine neue Erde. Die überschüssigen Arbeitskräfte mußten jedoch verwertet werden. Dazu bestanden zwei Möglichkeiten. Die eine möchte ich mit jähem Entsetzen ausschließen. Das ist der Krieg. Die andere Möglichkeit bestand im Bau von Pyramiden und Tempeln. Das waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nun wäre aber der Bau einer neuen Pyramide ein sinnloses Ding. Welchen Diktator wollten wir verherrlichen? Wer sollte sich dem Bau unterordnen? Hätte ich hinreichend Redezeit, ich würde gern alles begründen. Die Wissenschaft ist angesichts jetziger Probleme aufgerufen darüber nachzudenken, welche visionäre Pyramide wir jetzt bauen müssen, damit der Staat zusammenhält. Es könnte sonst zu einer Zerstörung seiner Grundmauern kommen, die ganz bitter an das Ende der DDR erinnert.

Ich möchte die Probleme nicht zu leicht betrachtet wissen. Wir benötigen Vergangenheitsbetrachtungen nicht als bloße Historiendarstellung und Tribunal. Wir benötigen sie, um Antworten auf Zukunftsfragen zu gewinnen. Diese Forschung hätte in Westdeutschland schon vor 1989 einsetzen müssen, wo doch die Forschung frei war. Es befremdet mich schon, wenn jetzt einige, die einst auf der besseren Seite Deutschlands lebenden Professoren, die Arme des Ge-

kreuzigten ausbreiten, um auf nichtgewährte Einreisemöglichkeiten und andere Behinderungen hinzuweisen, als wären es Wundenmerkmale in Folge vollbrachter Heldentaten. Eine Wissenschaftlerin, die am Eröffnungstag eine ihrer diesbezüglichen Heldenstories erzählte, hat gerade hier den Raum verlassen. Was nützen diese dauernden Hinweise auf die fehlende Quellenzugängigkeit und verschlossenen Archive? Es kommt auf das Durchdenken und Vorausschauen an. Ich frage Sie: „Haben die Physiker gewartet, bis die Positronen aus dem Atomkern einen Zettel mit der Aufschrift – Hier sind wir – herausgereicht haben“? Alle die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen beobachtenden Wissenschaften sind aufgerufen, ganz ernst zu Werke zu gehen. Ich möchte mich bei der Enquetekommission bedanken, daß sie hier zu mindestens zeigt, wo die Schwächen unter den Wissenschaften bei der Aufbereitung der Vergangenheit liegen.

Und noch ein Wort zu der doch mancherorts fehlenden Freude über die Einheit und das glückliche Ende der Teilung 1989 und zum Aufrechnen von Geldern. Wir streiten uns um das Kruzifix im Schulzimmer unter dem Motto „Verlust christlicher Werte im Abendland“. Über das neutestamentarische Gleichnis vom verlorenen Sohn reden wir nicht. Vielleicht tun wir das nicht, weil darin nicht die Schulden aufgerechnet wurden. Dieser Sohn hatte sich freiwillig vom Hof des Vaters entfernt. Er war nicht als Folge eines gemeinsamen Versagens in die Fremde geraten. Doch heimkehrend wurde er mit offenen Armen empfangen. Ich danke.

Gesprächsleiter Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Vielen Dank. Ich denke wir haben jetzt eine Menge Anregungen für die Diskussion bekommen. Ich schlage trotzdem vor, daß wir 10 Minuten Pause machen, und daß wir uns dann 11.02 Uhr hier wieder versammeln.

Wir kommen jetzt zur Diskussion. Wir haben bisher drei Wortmeldungen. Als erster Herr Dr. Jork bitte.

Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU): Dankeschön Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zwei Fragen bzw. Fragenkomplexe.

Der erste geht an Frau Keller und Herrn Professor Maier zur Sanierung und der zweite betrifft die Forschung. Da möchte ich dann Herrn Schmachtenberg und Herrn Professor Schmidt ansprechen.

Ich möchte aber eingangs doch noch zwei, drei Sätze sagen, und ein bißchen auf die Bildersprache in dem ungeplanten Eingangsreferat von Herrn Kollegen Spiller eingehen. Die Theorie, die Ideologie war „überholen ohne einzuholen“. Das ist richtig. Wir haben im Betrieb bei uns gesagt „untertauchen ohne einzutauchen“. Das war die Praxis, nicht nur im Betrieb, sondern auch zu Hause. Wenn wir jetzt zur Zukunft und zum Ausblick etwas sagen, dann wünschte ich mir die Auffassung „trittfassen ohne fallen“. Ich habe erst überlegt, ob ich stolpern sagen sollte, aber ich glaube, wir sind schon genug gestolpert. In die-